

Die Verteilungsfrage als Fairnessfrage und die Zurückeroberung der Idee der Sozialen Marktwirtschaft*

Ulrich Thielemann**

Berlin, 1. September 2011

1. Ausgangspunkte: Wirtschaftsethik ist kein „Thema“

Es ist nach wie vor eher unüblich, Fragen des Wirtschaftens oder im Umkreise des Wirtschaftens (etwa der Sozialpolitik) als wirtschaftsethische Fragen zu begreifen – jedenfalls mit Blick auf die Thematisierung des Wirtschaftens aufs Ganze gesehen, vor allem was die wissenschaftliche Thematisierung anbelangt. Insoweit wirtschaftsethische Beiträge überhaupt erwartet (und beachtet) werden, so nimmt man dabei zumeist an, es gebe da einen Sonderbereich „Ethik“ oder „Wirtschaftsethik“, der vielleicht *auch* Beiträge zu den laufenden Debatten beisteuern könnte, aber die wirtschaftsethische Thematisierungsrichtung beträfe nicht den Kern dieser Debatte.

Aus der Sicht einer integrativ verstandenen Wirtschaftsethik handelt es sich hierbei allerdings um eine Fehlannahme.¹ Die Möglichkeit einer angeblich „wertfreien“, ethisch neutralen, sozusagen über jeden ethischen Zweifel erhabenen Thematisierung des Wirtschaftens gleichsam jenseits von Richtig und Falsch ist der Ökonomik als einer Sozialwissenschaft verwehrt.² Die ethische Naivität – in wohlwollender Auslegung –, mit der man der Politik Empfehlungen gibt, die Öffentlichkeit, gestützt auf angebliche „Tatsachen“, wissen lässt, was „möglich“ ist und was nicht, oder in der man den Gegenstand „Wirtschaft“ begrifflich *als etwas* fasst, mag daher rühren, dass man nicht versteht, dass Ethik im Allgemeinen und Wirtschaftsethik im Besonderen kein „Thema“ ist, und das hieße: ein Thema neben anderen möglichen (dann ethikfreien) Themen, sondern bloß den Anspruch markiert, die eigene unvermeidliche Normativität des Thematisierens zugleich zu reflektieren statt diese sozusagen wild zur Geltung zu bringen. Vielleicht glaubt man auch, nur Kritik an vorherrschenden Zuständen, nicht aber Apologetik berge Normativität und sei somit der „Ethik“ zuzuschlagen. Dies jedenfalls würde erklären, warum ein Ökonom, zugleich übrigens langjähriges Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, „die Ökonomen“, also sich selbst und seine Zunft im Ganzen, in wohl weitgehend zutreffender und, soweit ersichtlich, unwidersprochener Wei-

* Beim Beitrag handelt es sich um die Langfassung des ausgearbeiteten Vortrages zur Tagung „Pflegefall Sozialstaat“ der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, vom 7. November 2010. Eine kürzere Fassung wird im von Michael Spieker herausgegebenen Tagungsband erscheinen. – Ich danke Ignas Bruder und Sebastian Thieme für wertvolle Kommentare.

** Ulrich Thielemann ist Direktor des MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik, www.mem-wirtschaftsethik.de. © 2011 beim Autor.

¹ Vgl. Ulrich 2008, S. 124 ff.

² Thielemann 2010a, S. 59 ff.

se, als „die konsequentesten Fürsprecher des Marktes“ charakterisieren kann,³ ohne zugleich für eine Umwidmung aller wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle in solche der Wirtschaftsethik (mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen vielleicht) zu plädieren.

Diese Reflexionsabstinenz (die keine Abstinenz von Normativität ist oder sein könnte), jedenfalls diese Abstinenz von ausdrücklichen, deklarierten und methodisch-disziplinierten ethischen Reflexionen bei der Thematisierung des Wirtschaftens fällt besonders auf, wenn es um den Zustand der Verteilung von Einkommen und Vermögen geht, dem ja die Frage nach seiner (wie auch immer genau zu fassenden) Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit gewissermaßen auf der Stirn geschrieben steht. Die Ökonomik redet sich hierbei grosso modo damit heraus, dass sie für die Verteilung der Ressourcen zur Güter- und Leistungserstellung bzw. zur Einkommensgenerierung einen anderen Begriff erfindet – nämlich den der „Allokation“ – um hierfür ein utilitaristisch-kollektivistisches „Optimum“ angeben zu können (was eo ipso normativ ist), sich aber für die „Distribution“ (der Einkommen) nicht für zuständig erklärt, obwohl die „Allokation“ (der Güter und Ressourcen) sich doch nach genau der gleichen Maßgabe vollzieht wie die „Distribution“ der Einkommen,⁴ nämlich nach Maßgabe der Marktmacht (Kaufkraft und Produktivität) und des Marktbehauptungswillens der Marktteilnehmer, weshalb der utilitaristisch geprägte Marktlibertäre Friedrich-August von Hayek „Ungleichheit“ (in der Einkommensverteilung) als „höchst erfreulich“ beurteilt (da diese erstens den Marktmachtverhältnissen geschuldet ist und zweitens zu Leistungssteigerungen anreize bzw. zwingt).⁵

Abgesehen davon, dass die standortökonomische Immunisierungsstrategie der ethischen Nichtthematisierung bestehender Einkommens- und Vermögensverteilungen und ihrer marktlogischen Maßgabe offenbar nicht funktioniert, ist auch hervorzuheben, dass auch diejenige Thematisierung des Wirtschaftens, die ausdrücklich als eine wirtschaftsethische Auftritt, Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung mindestens stiefmütterlich behandelt. Bezugnahmen auf aktuelle Einkommens- und Vermögensverteilungen finden sich praktisch nirgends in der wirtschaftsethischen Fachdebatte, und in den spezifisch unternehmensethisch ausgerichteten Beiträgen sind sie Anathema. Es gibt auch kaum Diskussionen darüber, um welchen Typus ethischer Fragestellungen es sich bei Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung handelt – zumindest wenn man von vertragsethisch-paretianisch-ökonomistischen Positionen einerseits absieht, die hier wie überall für das Recht des Stärkeren plädieren⁶ (selbstredend: ohne dies so zu benennen), utilitaristischen Positionen andererseits, die einen abstraktiven Weltnutzen maximieren möchten⁷ (und in der deutschsprachigen wirtschaftsethischen Fachdebatte eher selten anzutreffen sind).

Dass ein kritischer Diskurs über die gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensdisparitäten in der wirtschaftsethischen Fachdebatte ausgeblieben ist – Sozialethiker wie Friedhelm Hengsbach (2005) bilden rühmliche Ausnahmen –, könnte damit zusammenhängen, dass sich viele der unter dem Titel „Wirtschaftsethik“ thematisierenden Wissenschaftler offenbar, warum auch immer genau, gar nicht erst dem Ruch aussetzen möchten, „Moral [bzw. Wirtschaftsethik] mit antikapitalistischer Skepsis [zu] verbinden“,⁸ Fragen der Verteilungsgerechtigkeit aufzuwerfen aber als Ausdruck eben dieser „Skepsis“ gilt bzw. als Kritik an der durch die Marktmachtverhältnisse bestimmten Einkommens- und Vermögensverteilung – und dies durchaus zu Recht –, vulgo als „links“. Dass Wirtschaftsethik ein kritisches (statt ein gegenüber dem Marktprinzip offen oder stillschweigend apologetisches) Unterfangen sein könnte oder

³ Breyer 2008, S. 129 f.

⁴ Vgl. etwa auch Homann/Blome-Dress 1992, S. 62.

⁵ Hayek 1981, S. 36.

⁶ Vgl. Thielemann 1996, S. 171-182, 237, 336; ders. 2010a, S. 77, 87, 392-397.

⁷ Vgl. Thielemann 2010a, S. 291 ff.

⁸ Priddat 2009, S. 342.

sein müsste, davon ist gegenwärtig wenig zu spüren, was von eher von außen kommenden Autoren gelegentlich auch beklagt wird.⁹ Demgegenüber versteht sich Wirtschaftsethik im integrativen Sinne als eine kritische Theorie des Wirtschaftens, die durchaus in der Traditionslinie der Kritischen Theorie steht und des Kantianismus.¹⁰

2. Die Aufkündigung des Versprechens der „Sozialen Marktwirtschaft“ – der unerklärte Abschied vom „Wohlstand für alle“

Mit dem Versprechen, „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) zu schaffen, wurde die darum als „sozial“ attribuierte (und gestaltete?) Marktwirtschaft im Nachkriegsdeutschland etabliert. Damit waren und sind nicht etwa Geschenke für alle gemeint, sondern das Versprechen, dass alle an dem Prozess Mitwirkenden und zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung Beitragenden bzw. diese überhaupt erst Erzeugenden einen fairen Anteil erhalten, der ihren Leistungsbeiträgen angemessen ist. Präziser wäre darum vom Anspruch eines „fairen Wohlstands für alle“ zu sprechen, wobei natürlich klar sein muss, dass diese Angemessenheit ein stets erneut politisch auszubuchstabierender Anspruch ist.

Diesem Anspruch wurde die „soziale Marktwirtschaft“ (Müller-Armack) bzw. die „Soziale Marktwirtschaft“,¹¹ als die die Marktwirtschaft des „Wirtschaftswunders“ der Nachkriegszeit bezeichnet wird, in erstaunlichem Ausmaße gerecht.¹² Die zuweilen nicht nur mit Blick auf Deutschland, sondern auf alle damaligen „Industriestaaten“ als „Goldenes Zeitalter“ beschriebene Zeit bis etwa Mitte der 1970er Jahre¹³ beruhte auf der Kombination von „Massenproduktion und Massenkonsum“.¹⁴ Dieser tatsächliche „Teilhabekapitalismus“ (Rainer Land), der massenhafte Anstieg der Realeinkommen und die breite Verfügbarkeit der über weiträumige, „fordistische“ Arbeitsteilung erstellten Güterfülle, dürfte dabei allerdings eher gegen den Widerstand vieler derjenigen, die üblicherweise als die „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft angesehen werden, auf den Weg gebracht worden sein. Die Neo- oder Ordoliberalen waren von dem durch und durch markt- bzw. genauer: wettbewerbsgläubigen Gedanken beseelt, dass „soziale Ziele“ – also Einkommensgerechtigkeit, natürlich: bei nennenswert hohem Wohlstandsniveau – durch eine „vollständige Wettbewerbsordnung“ zu erreichen seien und jede temporäre Nicht-Erfüllung welcher „sozialen Ziele“ auch immer allein von der „Unvollständigkeit der Märkte“ herrühren könne, weshalb eine solche „Wettbewerbsordnung“ eben „vollständig“ herzustellen sei.¹⁵ Dies allein unterschied die Neo- oder Ordoliberalen paradigmatisch von den sog. „Paläoliberalen“ eines Laissez-Faire: dass die Wettbewerbsfähigkeit (und insofern

⁹ Vgl. etwa Brodbeck 2003, S. 65; Zinn 2008, S. 87 ff. Hierzu mag auch der Hinweis der jüngsten Sozialenzyklika zählen, in der mit einiger Verwunderung festgehalten wird, dass unter dem „Deckmantel“ des „Adjektivs ‚ethisch‘“ zuweilen „Entscheidungen und Beschlüsse durchgehen, die der Gerechtigkeit und dem wahren Wohl des Menschen widersprechen“, und auf die „Gefahr“ hingewiesen wird, dass bestimmte Spielarten von „Wirtschaftsethik“, die Ethik „instrumentalisieren“ und diese somit „zu einer Funktion für die bestehenden Wirtschafts- und Finanzsysteme“ werden lassen, „statt zum Korrektiv ihrer Missstände“. Benedikt XVI 2009.

¹⁰ Vgl. Ulrich 2008, S. 14; Thielemann 2010a, S. 59 ff.

¹¹ Die Programmatik und Systematik signalisierende Großschreibung erfolgte gemäß Zinn (2009, S. 267) in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ der CDU/CSU von 1949.

¹² Vgl. Zinn 1992, S. 62 ff.

¹³ Vgl. etwa Hobsbawm 2009, Marglin/Schor 1990.

¹⁴ Land 2009, S. 76.

¹⁵ Vgl. etwa Müller-Armack 1966, S. 239. An anderer Stelle postuliert Müller-Armack die „Erhaltung, ja Steigerung der [wettbewerbsfähigen] Marktwirtschaft“ (1981, S. 98).

„Vollständigkeit“) der Marktverhältnisse allererst politisch, nämlich wettbewerbspolitisch herzustellen sei.¹⁶ Dann aber stelle sich die „soziale Gerechtigkeit“ von selbst ein, nämlich dadurch, „dass man die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterwirft“.¹⁷

Dazu passt, dass Ludwig Erhard nachgesagt wird, er habe dem Begriff „Marktwirtschaft“ nur das Adjektiv „sozial“ beigefügt, da „die Deutschen den freien Markt ohne das Wort ‚sozial‘ nicht annehmen würden“,¹⁸ womit gemeint ist, dass es keinerlei „sozialer“ Vorkehrungen und Gestaltungen bedürfe, damit sich der gewünschte „Wohlstand für alle“ einstelle, denn dieses „Ziel“ erfülle sich durch den „Weg“, der da lautet: „Wohlstand durch Wettbewerb“,¹⁹ weshalb die selbstgestellte „ordnungspolitische Aufgabe“ in nichts als in der „Herstellung der Wettbewerbsordnung“ bestehe.²⁰ So glaubte Walter Eucken tatsächlich, dass die „Notlage der Arbeiter“, wie sie Marx thematisiert habe, einzig auf eine zu geringe als der an sich möglichen Intensität des Wettbewerbs (vor allem zwischen den Arbeitgebern) zurückzuführen sei.²¹

Glücklicherweise ist es dazu, zunächst jedenfalls, nicht gekommen. Massenproduktion und Massenkaufkraft, tatsächlicher „Wohlstand für alle“ statt bloß für wenige, dürfte sich durch die Kombination der Freisetzung des Wettbewerbs in einer – jedenfalls damals – nach Güterfülle sozusagen „hungernden“ Volkswirtschaft unter den Bedingungen bei weitem noch nicht ausgeschöpfter volkswirtschaftlicher Vorteile „fordistischer“ Arbeitsteilung einerseits, der moderierenden, wenn man will: „interventionistischen“ Einflüsse etwa der katholischen Soziallehre andererseits eingestellt haben. Ralf Dahrendorf definiert „Soziale Marktwirtschaft“ daher leicht überspitzt durch die Formel: „Ludwig Erhard plus katholische Soziallehre“.²² Zu nennen sind weitere Kräfte wie etwa den „sozial-liberalen Interventionismus“ eines Ökonomen Erich Preiser.²³ Diese Kräfte haben die Entfaltung des „kompromisslos marktradikalen“ Programms etwa Walter Euckens, der „den Systemwechsel zur Marktwirtschaft durch eine Schocktherapie unter bewusster Inkaufnahme ‚dramatischer Übergangsschwierigkeiten‘ bewältigen“ wollte, verhindert. „Das westdeutsche ‚Wirtschaftswunder‘ (wie überhaupt die westeuropäischen Wirtschaftswunder) nach dem Zweiten Weltkrieg“, so Katterle, vollzog sich „unter vielgestalti-

¹⁶ Vgl. zur korrespondierenden Annahme der Selbsterstörung des Wettbewerbs kritisch Thielemann 2010a, S. 284 f.

¹⁷ Eucken 1990, S. 317, vgl. auch S. 275, 313 f.; vgl. zu weiteren Belegen der spezifisch neoliberalen Wettbewerbsgläubigkeit Ulrich 2009, S. 354, sowie originär und programmatisch Meyer/Lenel 1948, S. IX.

¹⁸ Vgl. Plehwe/Walpen 1999, S. 224.

¹⁹ Vgl. Erhard 1964, S. 9.

²⁰ Vgl. Eucken 1990, S. 254 ff.

²¹ Vgl. Eucken 1990, S. 30 f., 43 ff. – Trotz durchaus bestehender neoliberaler Tendenzen auf Seiten Müller-Armacks ist dieser in diese Ahnenreihe allerdings nicht einzuordnen und darf möglicherweise als der einzige (namhafte) echte „Vater“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ gelten. So postulierte er deren Essenz in einer „bewusst gesteuerten, und zwar sozial [statt bloß wettbewerbspolitisch] gesteuerten Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1990, S. 98). Die „Soziale Marktwirtschaft“ als einer „irenischen Formel“ ist ihm zufolge der „Versuch“, „im Rahmen eines freien marktwirtschaftlichen Systems soziale Sicherheit, Wachstum der Realeinkommen, Stabilität der Währung zu einem Ausgleich zu bringen“ (Müller-Armack 1981, S. 173). Hierzu gehört auch die „unbestreitbare Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten“, um die „Lebensumstände für alle zu verbessern“ (Müller-Armack 1981, S. 150 f.). Vgl. insgesamt auch Quaas 2000. Es erstaunt daher nicht, dass es zwischen dem neoliberal-wettbewerbsgläubigen Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack zu einer gewissen „Entfremdung“ kam. Vgl. Zinn 1992, S. 39.

²² Dahrendorf (2005).

²³ Vgl. auch für das Folgende Katterle 2001, S. 733.

gen Regulierungen“. Hierzu dürften auch die moderierenden Kräfte einer nach den heutig faktisch installierten Maßstäben ökonomisch gemäßigten Wirtschafts- und Unternehmenskultur zählen, die, neben den sozialen Sicherungssystemen, ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil der „sozialen“ Marktwirtschaft bilden²⁴ und die seit geraumer Zeit durch eine neue ökonomische Radikalität im Management der Unternehmen „schöpferisch zerstört“ werden.²⁵

Die teilweise durchaus interdependente Balance zwischen dem Wettbewerb als der „Peitsche“ der Produktions- und Produktivitätssteigerung²⁶ und der „sozialen“ bzw. fairen Teilhabe aller daran Beteiligten ist seit geraumer Zeit gestört oder gar zerstört. Statt einen einigermaßen fairen „Wohlstand für alle“ haben sich die entwickelten Volkswirtschaften – dies gilt vor allem für die hier betrachteten Volkswirtschaften Deutschlands und der USA – zu „Plutonomien“ entwickelt.²⁷ Plutonomien zeichnen sich den Analysten der Citigroup zufolge dadurch aus, dass sie auf die offenbar unstillbaren Einkommensinteressen und Renditewünsche der „super rich“ förmlich zugeschnitten sind. Instrukтив für die in den USA herrschenden Verhältnisse sind die vom Institute for Policy Studies aufbereiteten Daten.²⁸ Dem obersten Prozent der Einkommensbezieher fließen derzeit etwa 23 Prozent der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zu, was dem Niveau kurz vor der Weltwirtschaftskrise 1929 entspricht. Mitte der 1970er Jahre betrug dieser Anteil noch lediglich rund 9 Prozent. Zwischen 1947 und 1979 fand auch in den USA der „Wohlstand für alle“ statt: Die Realeinkommen aller Quintile verdoppelten sich in etwa, wobei das unterste Quintil sogar den höchsten Einkommenszuwachs (+116%), das oberste Quintil den niedrigsten Zuwachs (+99%) zu verzeichnen hatte und die oberen 5 Prozent sogar „nur“ ein Einkommensplus von 86 Prozent erhielten.

Geradezu absurd muten hingegen die Unterschiede in den Einkommenszuwachsen für die Zeit zwischen 1979 und 2009 an, die sich als eine Art Treppe darstellen: Die obersten 5 Prozent steigerten ihr Einkommen um 72 Prozent, das unterste Quintil verdient heute real weniger als 1979: Minus 7,4 Prozent, wobei längere Arbeitszeiten in diese Rechnung nicht eingehen. Nach Steuern sind diese Disparitäten sogar noch ausgeprägter. Zwar kann das tiefste Quintil sein Einkommen durch Hinzurechnung von Transferleistungen um 16 Prozent steigern, doch erzielen die obersten 5 Prozent einen Zuwachs von 160 Prozent, und das oberste Prozent konnte sein Einkommen gar fast verdreifachen (+281%). Darin dürften sich diverse Steuersenkungen für die „super rich“ widerspiegeln. Lag der Spitzensteuersatz in den USA in den 50er Jahren – also zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ – noch bei rund 90 Prozent und bis vor der Wahl Ronald Reagans bei rund 70 Prozent, so wurde er unter George W. Bush auf zuletzt 35 Prozent gesenkt,²⁹ obwohl die Reichen immer reicher wurden. Warren Buffett, der derzeit drittreichste Mensch dieser Welt, fasst diese Situation sarkastisch wie folgt: „There’s class warfare, but it’s my class, the rich class, that’s making war, and we’re winning.“³⁰

Vom Wechsel vom „We grew together“ der Nachkriegs- und Wirtschaftswunderzeit zum „We grew apart“ der heutigen Zeit³¹ ist auch Deutschland betroffen, wenn die Disparitäten auch hier geringer ausfallen dürften. So sind nach neusten Untersuchungen des DIW die Reallöhne der abhängig Beschäftigten in Deutschland seit dem Jahr 2000 um 2,5 Prozent gesunken, wo-

²⁴ Vgl. Hiß 2009; Streeck/Höpner 2003.

²⁵ Vgl. Thielemann 2009a, S. 7-13., 65-90.

²⁶ Vgl. zur Wirkungsweise des Wettbewerbs als einem Prozess „schöpferischer Zerstörung“ und seiner Rolle (unter Einschluss des Kapitals) der Entstehung des bzw. des Zwangs zum Wirtschaftswachstum Thielemann 2010a, S. 357 ff.

²⁷ Vgl. Kapur/Macleod/Singh 2005.

²⁸ Vgl. <http://inequality.org/income-inequality>.

²⁹ Vgl. Spang 2011, Samuelson/Nordhaus 2007, S. 474.

³⁰ Vgl. Stein 2006.

³¹ <http://faireconomy.org/node/1713>.

bei Geringverdiener die höchsten Einbußen hinzunehmen hatten; nur die Reallöhne des obersten Dezils der abhängig Beschäftigten sind gestiegen, nämlich um 0,8 Prozent.³² Wer nun annimmt, viele Beschäftigte hätten sich eben selbstständig gemacht und verdienten gut, muss enttäuscht werden: Die Steigerung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung („Wachstum“) in diesem Zeitraum um immerhin 16,3 Prozent floss nur in geringem Maße zu den selbständig Beschäftigten (die in der VGR mit den Kapitaleinkommen als „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“ zusammengefasst werden), sondern fast ausschließlich zum Kapital.³³ Die Arbeitnehmerentgelte stiegen in den Jahren 2000-2010 gemäß VGR um 1,3 Prozent an, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen hingegen um 4,3 Prozent.³⁴ Dass es sich hierbei um einen globalen Trend handelt, zeigt die Studie „Growing Unequal?“ der OECD, der zufolge die Lohnquote in den OECD-Staaten zwischen 1976 und 2006 um 15 Prozent sank (und die Kapitalquote entsprechend stieg).³⁵

Die Abkehr vom Paradigma des Wohlstands für alle zum Paradigma des Wohlstands, jedenfalls des Wohlstandszuwachses, für wenige zeigt sich insbesondere auch bei der Vermögensverteilung, was damit zusammenhängen dürfte, dass sich hier auch Vermögenszuwächse durch – wenn man will: „spekulative“, aber durchaus kaufkräftige und derzeit durch diverse staatliche Bürgschaften unterfütterte – Wertpapierkursgewinne niederschlagen.³⁶ Dabei ist vorauszuschicken, dass die Forschung hier weitgehend auf Schätzungen angewiesen ist,³⁷ was sich in zahlreichen „Imputationen“ niederschlägt.³⁸ Nach solchen Berechnungen verfügt etwa das oberste 0,1 Prozent der Haushalte (also etwa 160000 Personen) im Jahre 2007 nicht „nur“, wie die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) verraten, über ein Vermögen von € 520 Mrd., was 8,6 Prozent des Nettogesamtvermögens privater Haushalte Deutschlands entspräche, sondern über ein geschätztes bzw. „imputiertes“ Vermögen von € 1.627 Mrd. und damit über 22 Prozent am Nettogesamtvermögen.³⁹ Erwähnenswert ist auch, dass die Vermögensbestände der sog. „high net worth individuals“, dies sind Personen, die über eine Liquidität von mindestens \$ 1 Mio. verfügen, sich nach den „Bailouts“ (vor allem in Form von staatlichen

³² Vgl. Herrmann 2011.

³³ Im Zeitraum 2004-2009 waren die „Vermögenseinkünfte“ (die nicht alle Formen von Kapitaleinkommen abdecken dürften, vor allem nicht die Vermögenswertzuwächse) um den Faktor 2,5 höher als die Selbständigeneinkünfte. Vgl. Brenke 2011, S. 6. Hohe Einkommen werden nur im oberen Bereich der steil anwachsenden (Arbeits-)Einkommensstruktur der Freiberufler und Unternehmer erzielt. Vgl. Merz 2006, S. 6 f. Bei vielen Selbständigen herrschen „Zeit- und Einkommensarmut“. Vgl. Merz/Rathjen (2011).

³⁴ Statistisches Bundesamt 2011, S. 16.

³⁵ OECD 2008, S. 35. Bemerkenswerterweise deckt die Studie solche Einkommensarten, die „überproportional stark den sehr Reichen zufließen“, wie „capital and withholding gains, non-wage components of the remuneration package of managers such as stock options, and imputed rents“, gar nicht ab (S. 32). Einen Überblick über globale Situation versucht die World Top Income Database zu schaffen, <http://g-mond.parisschoolofeconomics.eu/topincomes>.

³⁶ Vermögen lassen sich fassen als summierte und aufgesparte Einkommen, wobei mitzubedenken ist, dass die Vermögensbestände auch durch nominelle Wertsteigerungen wachsen können, also gleichsam aus sich selbst heraus, ohne Zufuhr von außen durch anderweitig entstandene Einkommensströme.

³⁷ Vgl. Brenke 2011, S. 5. So berücksichtigt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes Haushalte, die über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro verfügen, gar nicht erst. Vgl. Herrmann 2010.

³⁸ Vgl. Bach/Beznoska/Steiner 2011.

³⁹ Dies., S. 11.

Bürgschaften) nicht nur „erholt“ haben, sondern nach Berechnungen diverser, privat finanzierter „Global Wealth Reports“ auf einen neuen „Rekordwert“ angestiegen sind.⁴⁰

Der Abschied vom Wohlstand für alle schlägt sich nieder in einer „schrumpfenden Mittelschicht“, was nichts anderes bedeutet, dass es immer mehr Reiche und immer mehr Arme gibt. Der Anteil der „Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen“ an der gesamten Bevölkerung in Deutschland ging von 62 Prozent im Jahr 2000 auf 54 Prozent im Jahre 2006 zurück.⁴¹

3. Der „Neid“ auf die „Leistungsträger“ – die Dschungeltheorie der Einkommenserzielung

Warum sollte man all dies thematisieren? Darüber jedenfalls wundern sich all jene, die hier nichts anderes denn eine „Neiddebatte“ erblicken möchten. Zwar ist das Argument etwas aus der Mode gekommen,⁴² doch taucht es hier und dort immer noch auf, und vor allem ist es hochinstruktiv, um die Frage zu klären, mit welchem Typus von Gerechtigkeitsfrage wir es hier zu tun haben. „Während Reiche in den USA Milliarden spenden,“ und dafür, wie Ulf Poschardt offenbar meint, vor allem Anerkennung erfahren (vielleicht: von der Tea-Party-Bewegung?), „schlägt in Deutschland Wohlhabenden meist nur Neid und Hass entgegen.“⁴³ Dabei seien es „nicht nur die vermeintlich einfachen Männer von der Straße,“ sondern „insbesondere das intellektuelle Establishment, dessen [marktfern erworbenen und insofern wohl geradezu erschlichenen] Professorengehälter scheinbar genug Platz für Neidgefühle lassen.“ Die „Neider“ übersähen, dass „Selfmade-Milliardäre“ wie etwa Warren Buffett bloß „von der Freiheit der Märkte ... profitieren“ – womit nahegelegt ist, dass die „Neider“ es ihnen doch gleich tun können oder dies jedenfalls selbst versuchen sollten, schließlich haben ja auch sie die „Freiheit“ dazu. Dann und nur dann wäre sie nicht mehr des „Neids“ zu bezichtigen. Dass Warren Buffett sich als „von einem Marktsystem, das manchmal verzerrte Ergebnisse hervorbringt, begünstigt“ sieht,⁴⁴ scheint dem Autor entgangen zu sein.

Die Klassierung jeder Kritik an den bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnissen als Ausdruck des „Neides“ eben dieser Kritiker ist leicht ausgesprochen, aber höchst voraussetzungsreich. Zunächst einmal soll damit offenbar suggeriert werden, dass es sich *von vorn herein nicht* um eine veritable Gerechtigkeitsfrage handelt, sondern um die Manifestation einer mindestens in der Regel verachtenswerten Gefühlsregung. Wie im populistischen Jargon üblich, nutzt man hier die Möglichkeit der normativ-explikativen Doppelfunktion der Sprache. („Diese Diskussion *ist* Ausdruck von Neid.“) Dies ist sehr praktisch für die „high net worth individuals“, denn nun muss gar nicht mehr im Einzelnen geklärt werden, ob die bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse Maßstäben der Gerechtigkeit genügen oder ihnen widersprechen.

Nun könnte man zwar einwenden und fragen, woher die Vertreter der These denn wissen, dass es sich hierbei bloß um eine „Neiddebatte“ handelt – und nicht um eine ethisch ernst zu nehmende Gerechtigkeitsdebatte. Offenbar müssen die Neidklassierer annehmen, die Kritik würde verstummen, wenn die Kritiker – etwa durch eine Erbschaft – selbst in den Kreis der „high net worth individuals“ aufstiegen. Wie wahrscheinlich dies auch immer sein mag, jedenfalls können seriöse ethische Argumente die Neidtheorie, an ihren eigenen Maßstäben gemes-

⁴⁰ Benders 2011, Stocker 2011.

⁴¹ Grabka/Frick 2008, S. 101.; vgl. auch Goebel/Gornig/Häußermann 2010.

⁴² Vgl. Nullmeier 2009.

⁴³ Poschardt 2010, auch die folgenden Zitate.

⁴⁴ http://givingpledge.org/#warren_buffett.

sen, nicht widerlegen, da ihr Sinn darin besteht, den in Frage stehenden Gegenstand der Gerechtigkeitsdiskussion zu entziehen.

Das bedeutendste Moment der Neidtheorie besteht jedoch in den Annahmen über den Modus der Einkommenserzielung, die sich als eine „Dschungeltheorie“ oder als Theorie des „Fruchterwerbs“ fassen lassen.⁴⁵ Diese Theorie nimmt an, Einkommen würden solitär, d.h. außerhalb der Gesellschaft, erzielt, wofür das Bild des (mensenleer vorgestellten) „Dschungels“ herhalten mag. Man jagt Tiere und erzielt eine mehr oder minder „fette Beute“. Oder man pflückt Früchte von Bäumen, die allein die Natur zur Verfügung gestellt hat. Manche erweisen sich beim Jagen oder Sammeln als leistungsfähiger und -williger und daher als erfolgreicher als andere. Die einen haben Bären erlegt, den anderen gelang es bloß, ein paar Beeren zu pflücken. Die „Neiddebatte“ kommt auf, wenn die je für sich, also privat Wirtschaftenden zurück in die Gesellschaft gelangen. (Man möge sich eine abendliche Lagerfeuerrunde vorstellen.) Den Duft des Bärenfleisches in der Nase und vielleicht mit leicht hungrigem Magen fordern die armen Beerensammler die reichen Bärenjäger auf, ihnen doch auch etwas vom „fetten Braten“ abzugeben. Sie fordern mithin Solidarität von den „Tüchtigen“ und darum Wohlhabenden. Mit einiger Plausibilität rufen diese jenen entgegen: „Macht's doch wie wir. Strengt euch an. Schafft einfach selbst, ihr Neidhammel!“ Mit anderen Worten, sie weisen den Solidaritätsanspruch der Beerensammler zurück und fordern von ihren Mitbürgern mehr „Eigenverantwortung“.

Das dahinterliegende Bild der Güter- und Leistungserstellung ist von jeher grundfalsch. Der Homo sapiens ist von Hause aus sozusagen ökonomisch „nackt“ und von extremer Abhängigkeit geprägt, die *arbeitsteilig* bewältigt werden muss. Die Arbeitsteiligkeit der Ökonomie nimmt beim Übergang von der Haushalts- zur Marktwirtschaft nicht etwa ab, sondern zu, auch wenn diese häufig als eine „Privatwirtschaft“ begriffen wird und so auch subjektiv empfunden werden mag; nur laufen die Abhängigkeitsbeziehungen anonymisierter ab und verbergen sich gleichsam hinter der „unsichtbaren Hand“ des wettbewerblichen Marktes. Auch hier ist also das naturalistische Bild des Dschungels falsch: Man trifft im Güter- und Leistungserstellungsprozess nicht bloß auf wilde Tiere oder andere Naturtatsachen und ist ansonsten mit sich selbst beschäftigt, sondern auf andere Menschen. Dies ist trivial, gerät jedoch für den heutigen Standardfall eines marktförmigen Güter- und Leistungserstellungsprozesses, in dem die Leistungsbeiträge die Form von Geldeinkommen annehmen, offenbar hier und dort in Vergessenheit: Einkommen, gleich welcher Art, werden arbeitsteilig erzielt und bilden daher stets Anteile an einem „Sozialprodukt“, und zwar betrieblich, volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich gesehen.⁴⁶

Der nicht-private Charakter der Einkommenserzielung hat dabei drei Dimensionen. Zunächst haben ja nun einmal andere gezahlt, sonst wäre mein Einkommen gar nicht vorhanden, es „ist“ sozusagen die Zahlung anderer. Und sogleich darf die Frage nachgeschoben werden: Haben sie vielleicht zu viel oder auch zu wenig gezahlt? Zudem haben andere mitgearbeitet. Diese Dimension lässt sich eng oder weit fassen. In der engen Fassung betrifft sie den betrieblichen Leistungserstellungsprozess. Reinhard K. Sprenger fasst dies so: „Ein Unternehmen ist um die Idee der Zusammenarbeit herumgebaut. Damit ist ausdrücklich nicht die Addition von Einzelleistungen gemeint, sondern ein Ergebnis, das im Idealfall [und auch bereits faktisch] nur gemeinsam erzielt werden kann. Individuelle Leistung ist daher im Unternehmen schwer zu isolieren, Resultate sind kaum persönlich zurechenbar. Und je höher jemand hierarchisch steht, desto indirekter ist seine Wirkung.“⁴⁷ Im weiteren Sinne lassen sich unter der Kategorie Mitar-

⁴⁵ Vgl. Thielemann 2006.

⁴⁶ Vgl. auch Ulrich 2008, S. 225, auf den Sozialethiker Arthur Rich Bezug nehmend, sowie Flassbeck 2010, S. 2.

⁴⁷ Sprenger 2009.

beit auch Bildungs- und Ausbildungssysteme, öffentliche Infrastrukturen, Zulieferbeziehungen usw. fassen. Die dritte Dimension betrifft den marktkonstitutiven Wettbewerb, das Arbeiten nicht mit, sondern *gegen* andere. Auch darum werden Einkommen nicht privat oder „eigenverantwortlich“ erzielt: Bestehende Einkommensströme verweisen darauf, dass mich andere wettbewerbsmäßig in Schach gehalten haben und ich jene. Steigende Einkommensströme verweisen im Wettbewerbsprozess als einem Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter) zwingend darauf, dass ich andere verdrängt habe.⁴⁸

Wenn allerdings Einkommen keine Privatangelegenheit bilden, stellt sich ein anderer Typus von Gerechtigkeitsfrage, als die Dschungeltheoretiker annehmen. Die negative Gerechtigkeit, anderen keinen Schaden zuzufügen, die Marktlibertären als einzig verbindliche Dimension der Gerechtigkeit gilt,⁴⁹ scheidet von vorn herein aus, da die Marktinteraktion (Wettbewerb eingeschlossen) nicht auf der physischen Einwirkung auf andere beruht und insofern gewaltfrei abläuft. Ein Austausch gleichsam mit vorgehaltener Pistole ist kein Markttausch, kein Akt des Kaufens bzw. Verkaufens, sondern Raub. Folglich scheinen wir es allenfalls mit Fragen der Solidarität zu tun zu haben, d.h. mit einer nicht bloß negativen Unterlassenspflicht, sondern mit der positiven Pflicht zur Unterstützung anderer, die mit Blick auf die eigene Einkommenserzielung Unbeteiligte sind und für deren Los wir daher nicht kausal (mit-)verantwortlich sind. Fragen reiner Solidarität sind ethisch durchaus gewichtige Fragen. Sie manifestieren sich paradigmatisch in der Spende für Personen in Not, mit denen wir zuvor niemals interagiert haben. Doch ist ihre ethische Verbindlichkeit eher schwach, was nicht nur mit der Unklarheit darüber zusammenhängt, wer zur Unterstützung aufgerufen ist, sondern durchaus auch mit zwar beschränkten, aber grundsätzlich klar bestehenden Pflichten der Unterstützten zu einem mindestens gewissen Masse der Selbstsorge. Kant charakterisierte Solidaritätspflichten daher als „bloß verdienstliche“ oder „weite“ Pflichten, im Unterschied zu den „unnachlasslichen“ oder „engen“ Pflichten der negativen Gerechtigkeit.⁵⁰

Doch haben wir es bei Fragen der (Primär-)Verteilungsgerechtigkeit zwar mit positiven Pflichten zu tun (mit Pflichten zum richtigen Handeln, nicht bloß zum Unterlassen der Einwirkung auf andere), zugleich aber mit Pflichten nicht gegenüber Unbeteiligten, sondern gegenüber Beteiligten, gegenüber Mitwirkenden bzw. „Mit-Arbeitenden“ im denkbar weitesten Sinne des Begriffs. Fragen der gerechten Gestaltung bestehender Interaktionsverhältnisse lassen sich als Fragen der *Fairness* fassen: Wie ist die Wertschöpfung auf all diejenigen, die zu ihrer Erzeugung beigetragen haben, aufzuteilen? Einschließen in diese Fragen des fairen Umgangs zwischen Mitwirkenden lassen sich überdies Fragen der gerechten bzw. fairen Verteilung der Lasten. Beide Seiten lassen sich in der schlichten Frage zusammenfassen: Ist die bestehende Verteilung der Wertschöpfung als leistungsgerecht (und übrigens nicht als „gleich“) zu klassieren? In diesen Fragen eingeschlossen und durch ihre ernsthafte Beantwortung hindurch drückt sich überdies die Anerkennung der Beteiligten als Personen aus, und zwar in ihren Leistungsbeiträgen und ihrem Leistungseinsatz, was gerade heute von vielen Beschäftigten schmerzlich vermisst wird.⁵¹ Natürlich muss für echte Wertschätzung vorausgesetzt werden, dass die Akteure an der Klärung der Fairnessfrage tatsächlich interessiert sind, was wiederum voraussetzt, die je

⁴⁸ Vgl. Thielemann 2010a, S. 44 ff., 160 ff.

⁴⁹ Vgl. Thielemann 2009a, S. 115 ff., 2010a, S. 400 ff.

⁵⁰ Kant 1785, S. 55 f.; ders. 1997, S. 520 f., 524, 584, 603.

⁵¹ Vgl. jüngst (9. August 2011) eine Umfrage des Personalberaters Rochus Mummert, http://rochusmummert.com/download/13_arbeitgeberattraktivitaet.pdf. Vgl. auch den Gallup Engagement Index 2010, <http://eu.gallup.com/Berlin/146030/Praesentation-zum-Gallup-EEI-2010.aspx>, S. 37, sowie die Studie „Attraktive Arbeitgeber“ des Beratungsunternehmens Hewitt Associates aus dem Jahre 2008, www.crosswater-systems.com/ej_news_2008_09_0834_hewitt_motivationsbremse.htm.

eigenen Interessen nicht zum obersten Prinzip des eigenen Handelns zu erheben, im Falle des Managements bzw. eines Arbeitgebers: der Verzicht auf Gewinn*maximierung*.

Auch wenn die Akteure die Interaktionsbeziehungen (häufig mit dem Begriff „Kooperation“ belegt) aufnehmen, um ökonomische Vorteile zu erlangen, bedeutet dies nicht, dass die Maßgabe der Fairnessfrage der wechselseitig durchsetzbare Vorteil bilden könnte.⁵² Genesis und Geltung (Gültigkeit) sind bekanntlich zu trennen. Und überdies heißt Vorteilsstreben nicht Vorteilsmaximierung. Spätestens dann aber stellt sich die Frage der Fairness der Verteilung von Leistungen und Lasten unausweichlich. Und mindestens darum haben wir es hier nicht mit Fragen reiner Solidarität zu tun, deren Verbindlichkeitsgrad eher schwach ist, sondern mit als „unnachlasslich“ zu klassierenden Fragen eben der Fairness.

Die Konzeptualisierung der Verteilungsfrage als Fairnessfrage hat weitreichende Konsequenzen für ihren Umgang. Nicht nur lassen sich auf ihrer Basis sozialstaatliche Arrangements nicht mehr einfach, wie es der Begriff der „Umverteilung“ nahelegt, als Konstrukte der Solidarität mit „den sozial Schwachen“ darstellen statt als rechtsverbindliche Bestrebungen, Fairness, auf die alle Beteiligten einen Anspruch haben, herzustellen, insoweit dies im Marktgeschehen selbst schwierig ist. Auch lassen sich gute Teile des Streits zwischen Sozialstaatsverächtern und Sozialstaatsbefürwortern rekonstruieren als Auseinandersetzung lediglich darüber, auf wie viel Solidarität die Betroffenen einen Anspruch haben, beide Seiten also der Dschungeltheorie anhängen, die einen den Solidaritätsanspruch jedoch als übergebüchlich und unverdient ablehnen und darum „Eigenverantwortung“ einfordern, die anderen diesen hingegen, sagen wir: aus Mitgefühl, befürworten.⁵³ Erst die gerechtigkeitsethisch gesehen strenge Konzeptualisierung als Fairnessfrage gibt der richtigen Intuition der Unhaltbarkeit gegenwärtiger Einkommens- und Vermögensverteilungen den nötigen festen Grund und die dem Gegenstand angemessene Orientierungskraft. Dafür ist es hilfreich, verschiedene Manifestationen der Dschungeltheorie auszubuchstabieren.

4. Die Dschungeltheorie in Aktion

Auch wenn die „Neidtheorie“ angesichts des Ausmaßes der bestehenden und der weithin sichtbaren Einkommensdisparitäten – man denke hier an den Zankapfel Managervergütungen – und natürlich angesichts der spürbaren Einkommensenkungen an Plausibilität verloren hat, so feiert die Dschungeltheorie doch nach wie vor fröhliche Urstände. Eine Dimension ist die Erfindung des Begriffs der „Leistungsträger“ für diejenigen, die am oberen Ende der Einkommens- und Vermögensskala angesiedelt sind.

Auf den Vorschlag, den Höchststeuersatz anzuheben, reagierte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, nicht nur mit dem Vorwurf, damit wolle man offenbar eine „populistische Neiddebatte“ vom Zaune brechen, sondern auch mit dem Hinweis, mit einer solchen „Reichensteuer“ (womit der Vorschlag als ‚diskriminierend‘ desavouiert werden soll) würden „die Leistungsträger unserer Gesellschaft verunglimpft“.⁵⁴

„Leistungsträger“, das sind offenbar diejenigen, die die volkswirtschaftliche „Leistung“ bzw. Wertschöpfung „tragen“. Sie sind die eigentlichen Subjekte der Wohlstandserzeugung. Alle

⁵² Vgl. zum Ökonomismus des damit angesprochenen Pareto-Kriteriums als einer Ethik des Rechts des Stärkeren Thielemann 2010a, S. 291 f., 305-307, 324-326.

⁵³ Dies bedeutet selbstverständlich keineswegs, dass all diejenigen, die sozialstaatliche Arrangements in Begriffen der „Solidarität“ begründen (vgl. etwa Forst 2010), tatsächlich bloß Solidarität im hier gebrauchten Sinne meinen.

⁵⁴ Kauder 2009.

anderen *werden* „getragen“, sie sind „Leistungsempfänger“. Und woran erkennt man die „Leistungsträger“? Offenbar an der Höhe ihres Einkommens oder Vermögens. Je höher die Gehaltssumme und der Kontostand, desto eher darf man sich als „Leistungsträger“ feiern lassen.

Damit wird die Differenz zwischen Leistung und Erfolg, zwischen Leistungseinsatz bzw. dem zu beurteilendem Leistungsbeitrag einerseits, dem schieren und leicht messbaren Markterfolg andererseits, eingeebnet.⁵⁵ Jedes „formal friedlich“ (Max Weber), also gewaltfrei und legal erworbene Einkommen gilt dieser simplen Konzeption nach als leistungsgerecht und jede korrespondierende Einkommensverteilung folglich als fair. Diese Sicht kann nur verfangen, weil die (vor allem wegen des Wettbewerbs) systematisch komplexen Marktinteraktionsverhältnisse, innerhalb derer Einkommen entstehen, ausgeblendet bzw. naturalisiert werden („Dschungeltheorie“).

Zumindest einige der Hocheinkommensbezieher mögen tatsächlich glauben, sie allein seien die Subjekte der ihrem Einkommen oder Vermögen korrespondierenden Wertschöpfung – oder gar der gesamten Wertschöpfung des Unternehmens, dem sie als Geschäftsführer vorstehen.⁵⁶

So entgegnete der damalige Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Heinrich von Pierer, auf den im Raum stehenden Vorwurf, der Siemens Konzern entrichte trotz gutem Geschäftsgang so gut wie keine Körperschaftssteuer mehr, „die Siemens-Mitarbeiter“ zahlten doch „fast drei Milliarden Euro an Lohn- und Einkommensteuer“. Hier interessiert der Nachsatz. „Dieses Geld fällt nicht vom Himmel,“ natürlich nicht, es wird erwirtschaftet. Aber von wem? Von Pierer fährt fort: „sondern unsere Mitarbeiter bekommen es vorher von uns.“⁵⁷

Offenbar glaubt von Pierer tatsächlich, er und sein Geschäftsführerkreis habe die Milliarden messende Wertschöpfung des Konzerns erschaffen, gleichsam wie eine dicke Frucht vom Baum gepflückt, was nur Menschen mit überragenden Fähigkeiten gelingen kann. Die Beschäftigten erscheinen aus dieser Sicht als Leistungsempfänger, deren Lohn sich nicht ihren Leistungsbeiträgen verdankt, sondern vielleicht dem Umstand, dass das „Humankapital“ ansonsten wohl kaum zur Arbeitsaufnahme zu bewegen wäre. Wie anders demgegenüber die Sicht des Firmengründers, Werner von Siemens, der, im Pathos der damaligen Zeit (1868), festhielt: „Mir würde das verdiente Geld wie glühendes Eisen in der Hand brennen, wenn ich treuen Gehilfen nicht den erwarteten Anteil gäbe.“⁵⁸

Die demgegenüber heute grassierende Dschungeltheorie der Einkommenserzielung dürfte auch erklären, warum viele Manager Millionen messende (zumeist variabel gestaltete) Vergütungen für leistungsgerecht halten – oder gar für eher bescheiden im Vergleich zu ihrer „Leistung“. So verweist der ehemalige „Chief Executive“ der Schweizer Großbank Credit Suisse, Oswald Grübel, auf den Umstand, dass der Börsenwert der Bank zu „seiner Zeit“ „um 80 Milliarden Franken gestiegen“ sei. Spätestens im Nachsatz wird deutlich, dass Grübel sich als der eigentliche Urheber dieses (mehr oder minder fiktiven) Wertzuwachses sieht, den wohl nur Übermenschen zu generieren in der Lage sind: „Für die Aktionäre war es ein guter Deal, im Vergleich zu meinem Lohn.“⁵⁹ Wahrlich gigantische Wertschöpfungsfähigkeiten unterstellt auch das Unternehmen IBM – jedenfalls den von ihm befragten Geschäftsführern. Die „guten Zahlen“, die diese „Vordenker“ schreiben, belaufen sich auf einen Gesamtumsatz von (in gro-

⁵⁵ Vgl. auch Vontobel 2009.

⁵⁶ Dies mag den Umstand erklären, dass sich bei Personen im oberen Einkommenssegment, „trotz einer beispiellosen Umverteilung von unten nach oben“, eine „geringere Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen“ feststellen lässt als bei den übrigen Personen mit tieferen Einkommen. Dies gilt auch für die Bereitschaft, „in Zeiten der Wirtschafts- und Fiskalkrise zur Solidarität einen Beitrag zu leisten“. Heitmeyer 2010, S. 21.

⁵⁷ Pierer 2003, S. 116 f.

⁵⁸ Zit. nach Grunwald 2006, S. 16.

⁵⁹ Grübel 2008.

ßen Lettern) „2,224 Billionen Dollar“, was als „Gesamtumsatz ... der [sic] 1.130 CEOs, die sich in der ‚Global CEO Study 2008‘ äußern“, dargestellt wird. Abgebildet ist ein Supertanker vor der Skyline New York Citys. Und suggeriert wird: Diese „Leistungsträger“ bringen den Nachschub, den Nachschub für unsere aller Wohlstand, aus dem Niemandsland, aus den Tiefen des weiten Meeres vielleicht. Sie können dies, weil sie offenbar, die Umsätze zeigen es ja, über „eine gute Strategie“ verfügen und weil sie dem IBM-Motto „Weniger Reden [sondern] Machen“ folgen⁶⁰ – oder wohl besser: „Machen statt denken“.

Statt dass den „Leistungsträgern“ öffentlich Lob gezollt würde, sind sie allerdings zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. Aus der Sicht der Dschungeltheorie ist das „Feindbild Manager“ jedoch aufzugeben, denn der „hohen Lebensstandard“ [den wer und in welchem Maße genießt?] sei ja vor allem „ihrem Leistungswillen“ zu verdanken oder jedenfalls ohne diesen nicht zu sichern.⁶¹ Zusätzlich werden die „Leistungsträger“ rechtlich drangsaliert, obwohl sie doch diejenigen sind, „die Erfolg haben und [also] Wert schaffen“ – aus dem Nichts, offenbar – aber gelegentlich ausgerechnet gerade „deswegen vor Gericht gestellt werden“, wie es bekanntlich Deutsche Bank Chef Josef Ackermann (2004) formulierte, voller Verachtung für all diejenigen, denen es offenbar am ökonomischen Sachverstand mangle, wahre Wertschöpfungsmeisterschaft zu erkennen.

Besonders empört die Anhänger der Dschungeltheorie, dass die „Leistungsträger“ auch noch mit Steuerforderungen drangsaliert werden, als sei das Heranschaffen des Wohlstandes nicht bereits genug des Dienstes am Gemeinwohl. Dem Aufruf zum „antifiskalischen Bürgerkrieg“ durch seine Erklärung zur „plausibelsten Reaktion“ „der Leistungsträger“ auf das bestehende System der Einkommensbesteuerung gab Peter Sloterdijk seine Verwunderung darüber bei, dass „man“ sich „inzwischen ... längst an Zustände gewöhnt“ habe, „in denen eine Handvoll Leistungsträger gelassen mehr als die Hälfte des nationalen Einkommensteuerbudgets bestreitet.“⁶²

Wenn man vom Begriff der „Leistungsträger“ absieht ebenso wie von der Suggestion, deren Abkehr von jeder „Gelassenheit“ sei längst überfällig (*auch hierzulande*, wie angesichts der derzeit in den USA erstarkenden antifiskalischen Tea-Party-Bewegung hinzufügen wäre), dann trifft diese Feststellung fiskaltechnisch gesehen durchaus zu. In der Tat trägt das oberste Steuerhaushaltsdezil 54 Prozent zum gesamten Einkommensteueraufkommen bei.⁶³ Dieser Anteil relativiert sich allerdings sofort, wenn berücksichtigt wird, dass der Anteil der direkten bzw. der Einkommensteuern am Gesamtsteueraufkommen seit dem Jahre 1990 um 8 Prozentpunkte gesunken ist und nunmehr 38,5 Prozent beträgt, und der Anteil der indirekten Steuern (vor allem Umsatzsteuer), die tiefere Einkommensgruppen überproportional stark belasten,⁶⁴ zwischenzeitlich auf über 50 Prozent angewachsen ist.⁶⁵ Für die indirekten Steuern wird der Finanzierungsanteil des obersten Dezils auf lediglich 19,4 Prozent geschätzt,⁶⁶ wobei stets zu bedenken ist, dass hohe Einkommen vergleichsweise schlechter statistisch erfasst sind. Wenn man auch die Sozialabgaben (häufig zusammen mit den Steuern als „Zwangsabgaben“ gefasst) einbezieht, so beträgt der Beitrag des obersten Dezils nach Berechnungen des RWI-Essen 23 Prozent und die Gesamtabgabenbelastung 27,6 Prozent.⁶⁷ Erwähnenswert ist auch, dass sich

⁶⁰ Der Spiegel 35/2008, S. 25.

⁶¹ Germis 2009.

⁶² Sloterdijk 2009a.

⁶³ Beimann/u.a. 2011, S. 6 f.

⁶⁴ Vgl. Bach 2011.

⁶⁵ Bundesministerium der Finanzen 2011.

⁶⁶ Beimann/u.a. 2011, S 30; vgl. auch www.manager-magazin.de/fotostrecke/fotostrecke-58571-15.html mit leicht abweichenden Zahlen.

⁶⁷ Beimann/u.a. 2011, S.7 sowie www.manager-magazin.de/fotostrecke/fotostrecke-58571-19.html.

der Spitzensteuersatz mit 42 Prozent derzeit auf einem historischen Tiefstand befindet; er bewegte sich seit der Gründung der Bundesrepublik bis zum Jahre 1999 auf einem Niveau von 53 bis 56 Prozent.⁶⁸

Wenn wir davon absehen, dass das von Sloterdijk und von weiteren Marktlibertären bemühte Zahlenmaterial die tatsächliche fiskalische Belastungssituation verkürzt und somit verzerrt darstellt⁶⁹ und wir uns, um des Arguments willen, auf die Einkommensteuer konzentrieren, so ist zu fragen, warum von dieser „Handvoll Leistungsträgern“ 54 Prozent der Einkommensteuerlast getragen wird und getragen werden kann. Und die Antwort fällt ganz einfach aus: Weil die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher über überproportionale Anteile an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (am BIP) verfügen (Vermögenswertzuwächse ausgenommen), nämlich nach Angaben der Bundesregierung (für 2010) über 31,3 Prozent.⁷⁰

Was wird daraus aus der Sicht der Dschungeltheorie?⁷¹ Diese Leute, „die Reichen“, das sind eben „die Produktiven“, und besteuert werden deren „Wirtschaftserfolge“, die sie unbenannter Weise und an unbenannten Orten – vielleicht auf dem Mond? – und sie allein, ergo aus eigener Kraft, erzielt haben. Unterstrichen wird die legitime Urheberschaft dieser „produktiven Schichten“ für die von ihnen angeeigneten „Wirtschaftserfolge“, indem nahegelegt wird, jede mögliche Form einer illegitimen Aneignung müsse *von vorn herein* auf Seiten des Staates zu verorten sein. Der Steuerstaat muss Ausdruck einer „Kleptokratie“ und jede Form der Besteuerung, da sie das Marktprinzip des je durchsetzbaren Vorteils durchbricht,⁷² eine „Enteignung“ sein, mithin eine Art Diebstahl im Großformat.⁷³ Der Steuerstaat, das ist die „nehmende Hand“, und er „nimmt“ von den „steueraktiven Leistungsträgern“, die die „gebende Hand“ bilden. Diese geben es dem Steuerstaat, obwohl ihre „Solidarität“ dabei doch arg strapaziert werde, und dieser wiederum gibt es den „Unproduktiven“. „Tatsächlich besteht derzeit gut die Hälfte jeder Population moderner Nationen aus Beziehern von Null-Einkommen oder niederen Einkünften, die von Abgaben befreit sind und deren Subsistenz weitgehend von den Leistungen der steueraktiven Hälfte abhängt.“

Sloterdijk verschwendet keine Sekunde der Reflexion darauf, woher die angeblichen „Leistungsträger“ ihre Einkommen haben und warum die untere Hälfte der steuerpflichtigen Haushalte in der Tat nur 5,8 Prozent zum Einkommenssteueraufkommen (und übrigens 17 Prozent zu den Gesamteinkünften des Staates) beiträgt bzw. warum ihr verfügbares Einkommen nur einen volkswirtschaftlichen Anteil von 22,1 Prozent aufweist.⁷⁴ Dieser geringe Anteil ergibt sich nicht etwa aus ihren geringen volkswirtschaftlichen Beiträgen, also aus der „Passivität“ und „Unproduktivität“ dieser „Schicht“, sondern aus der nach jeder Plausibilität beschämend tiefen, von jeder Leistungsgerechtigkeit weit entfernten Vergütung, die sie für ihre Leistungsbeiträge erhalten⁷⁵ und die, da sie für ein anständiges Leben innerhalb einer Wohlstandsgesellschaft kaum mehr reichen, vielfach (aus Steuermitteln) „aufgestockt“ werden müssen. Vor

⁶⁸ www.manager-magazin.de/fotostrecke/fotostrecke-58571-2.html. Der effektive Einkommenssteuersatz des obersten Einkommensperzentils wird für das Jahr 2002 auf 32,4 Prozent geschätzt. Vgl. Bach/Corneo/Steiner 2008, S. 16.

⁶⁹ Vgl. auch Vontobel 2009.

⁷⁰ Bundesministerium der Finanzen 2010, S. 33.

⁷¹ Vgl. für die folgenden Zitate Sloterdijk 2009a und 2009b.

⁷² Vgl. Thielemann 2008, S. 438.

⁷³ „Taxation is theft, purely and simply even though it is theft on a grand and colossal scale which no acknowledged criminals could hope to match.“ Rothbard 1998, S. 162.

⁷⁴ Bundesministerium der Finanzen 2010, S. 33.

⁷⁵ Vgl. auch, wenn auch mit etwas anderer Begründung, Phelps 2007, S. 125: „Der Beitrag der gering bezahlten Arbeitskräfte zum BIP ist insgesamt höher als nur ihr Lohn multipliziert mit der Anzahl der Arbeiter.“ Vgl. auch Lawlor/Kersley/Steed 2009.

allem sind die Wohlstandssituationen der Hoch- und der Niedrigeinkommensbezieher nicht unabhängig voneinander. Den sog. „Leistungsträgern“ fließen überproportional hohe Einkommen systematisch betrachtet gerade darum zu, weil andere nun (als Entlassene) „Null-Einkommen“ oder „niedere Einkünfte“ beziehen. Sie verfügen nämlich über die Marktmacht, deren Löhne und Gehälter zu drücken und damit den Anteil, der ihnen aus der Wertschöpfung (vor allem in Form von Kapitaleinkommen) zufließt, zu steigern. In den Worten zweier Analysten im Auftrag der Deutschen Bank: „Mobility of capital in a globalised economy means that employers can credibly threaten unions with dislocation, ie, moving jobs abroad... Companies use their stronger bargaining power to cut their benefits, such as Christmas and holiday bonus, capital-forming payments, increasing weekly working hours without additional payment or the omission of overtime surcharges.“⁷⁶ Zwar erwachsen ihnen daraus auch Probleme des Absatzes. Doch darum gehört Deutschland ja zu den Exportweltmeistern – und im erzwungenen Selbstverständnis ist das Land nur mehr „Standort“, der sich fürs global anlagesuchende Kapital „fit“ zu halten hat, auf dass die Wertschöpfungen woanders – etwa in Wohlstandsenklaven wie Dubai – konsumiert werden können, und zwar von den „Leistungsträgern“.

Vollends grotesk (aber politisch gefährlich und darum blank verantwortungslos) werden die Überlegungen des nietzscheanisch inspirierten Elitephilosophen,⁷⁷ der tatsächlich zu glauben vorgibt, dass „vom Einkommen sowie von den davon abzuführenden Abgaben der 25 Millionen steueraktiven Leistungsträger ... praktisch alles stammt, was die 82 Millionenpopulation des Landes am Leben erhält“, wenn man bedenkt, dass der Anteil an direkten und indirekten Kapitaleinkommen im Bereich derjenigen, die Sloterdijk in den Olymp der „produktiven Schichten“ zu heben sich anschickt, besonders hoch ausfällt.⁷⁸ Kapitaleinkommen werden jedoch, auch wenn das Startkapital einmal erarbeitet sein mag (es kann sich aber auch einer Erbschaft verdanken), bekanntlich selbst leistungs- und anstrengungsfrei erworben und bilden „arbeitslose Renteneinkommen“.⁷⁹ Da die stets volkswirtschaftlichen Zusammenhänge insbesondere der Entstehung von Kapitaleinkommen im instanzlos ablaufenden Marktgeschehen hochkomplex sind,⁸⁰ mag es den „Vermögensrentiers“ so vorkommen, dass ihre Gewinne (und Vermögenszuwächse) „aus dem Portfolio fließen wie der Strom aus der Steckdose.“⁸¹ Schon allein die offenkundige Disproportionalität ihres Leistungseinsatzes (in Form von ‚Konsumverzicht‘, der ab ein paar Millionen Vermögen allerdings nicht so schrecklich schwer fallen dürfte) zu ihren buchstäblich großartigen „Markterfolgen“, aber auch die wachsenden Zinslasten, die alle Nichtrentiers (Staaten eingeschlossen) zu leisten haben, lässt die bislang tabuisierte Frage nach der „Legitimität von Vermögenseinkommen“ – nämlich ihrer Fairness – als besonders drängend erscheinen.⁸² Hinzu kommen die wahrlich gigantischen Ausmaße, in denen die Staaten die im Blasenpiel angehäuften, im Kern illusorischen Wertpapierzuwächse durch diverse Bürgschaften abgesichert haben. Abgesichert haben es letztlich diejenigen Steuerzahler, die als abhängig oder selbstständig Beschäftigte und damit als fiskalisch „immobile Faktoren“ im globalen Steuernichtleistungswettbewerb noch greifbar sind.⁸³

Deutlich plausibler als der tumbe Rückschluss vom Markterfolg (messbar im Einkommen oder Vermögen) auf den Leistungsbeitrag ist es daher, dass wir es hier, jedenfalls in weitem Umfang, nicht mit Wertschöpfungsbeiträgen, sondern mit *Abschöpfungserfolgen* zu tun haben.

⁷⁶ Meyer/Schmitz 2005, S. 58 f.

⁷⁷ Vgl. Honneth 2009.

⁷⁸ Vgl. Brenke 2011, S. 12.

⁷⁹ Weber 1918 S. 23; vgl. zu weiteren Quellen Thielemann 2010a, S. 365 f.

⁸⁰ Vgl. zur Instanzlosigkeit des wettbewerblichen Marktnexus Thielemann 2010a, S. 47, 357 ff.

⁸¹ Deutschmann 2009, S. 8.

⁸² Deutschmann 2009, S. 4.

⁸³ Vgl. Thielemann 2009c.

Diese Abschöpfungserfolge wurden möglich durch die schiere Macht des Kapitals einerseits, simplizistische (Kapital-)Marktgläubigkeit im Mainstream von Politik und öffentlicher Debatte andererseits. Was jene betrifft, so lässt sich wohl sagen, dass sich das Kapital nicht nur, wie es in betriebswirtschaftlicher Standardbegrifflichkeit heißt, zum „Prinzipal“ der Unternehmen, sondern zum „Prinzipal“ der Welt im Ganzen aufgeschwungen hat. Unterstützt wurde es dabei von seinen „Agenten“ (ebenfalls betriebswirtschaftlicher Jargon), also von Managern und Finanzdienstleister, die sich seit geraumer Zeit als Kapitaleigentümer verstehen und als solche an „Kapital-Universitäten“⁸⁴ ausgebildet werden, um ihren Prinzipalen höchstmögliche Renditen und sich selbst höchstmögliche Boni zu verschaffen. Auch ihnen gelingen, trotz teilweise vielleicht ‚übermenschlichem‘ Arbeitseinsatz (dem derjenige etwa von Assistenzärzten oder unterbezahlten Austrägern privater Paketdienste freilich kaum nachstehen dürfte), weit überproportionale Abschöpfungserfolge, die von im engeren Sinne leistungsgerechten und im weiteren Sinne fairen Vergütungen denkbar weit entfernt sind; letzteres vor allem auch, weil das Management vielfach gerade für seine ökonomische Radikalität bei der Elimination aller rentabilitätsfremden Gesichtspunkte aus dem Wirtschaftsgeschehen fürstlich entlohnt wurde, also unter anderem gerade dafür, dass es andere arm gemacht hat.

Zur Kapitalmarktgläubigkeit und der korrespondierenden Ausblendung der Modi der Einkommensgenerierung zählen etwa auch die Begründungen, die für den Übergang zum Kapitaldeckungsverfahren ins Feld geführt werden. „Je früher die Menschen mit der privaten Altersvorsorge anfangen, desto stärker können sie von den langfristig positiven Aktienrenditen profitieren,“ meint etwa Professor Rüdiger von Rosen, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender des Deutschen Aktieninstitutes.⁸⁵ Von Rosen glaubt offenbar, die „positiven Aktienrenditen“ fielen wie Manna vom Himmel des Kapitalmarktes – als würden diese nicht wiederum von „Menschen“, allerdings von anderen, erwirtschaftet, nämlich im Prozess des für die Rentiers „schöpferischen“ und für alle Nicht-Rentiers zunehmend „zerstörerischen“ Wettbewerbs. – Das vielleicht letzte, gewissermaßen fundamentalistische Aufbäumen der marktlibertären Dschungeltheorie der Einkommenserzielung könnte darin bestehen, jeder Diskussion über die Beurteilung der Fairness der Einkommen und Vermögen dadurch den Boden zu entziehen, dass man sie schlicht zu einer „Privatsache“ zu erklären versucht.⁸⁶ Die arbeitsteilige und wettbewerbliche Struktur der Marktverhältnisse bedeutet allerdings, dass „die Privatwirtschaft ... seit langem schon abgeschafft“ ist.⁸⁷

5. Für ein neues Verständnis von Sozialpolitik – als Einkommenspolitik im Dienste der Fairness

Walter Rathenau schrieb zu Anfang des 20ten Jahrhunderts: „An der Arbeit, die in unsichtbarer Verkettung alle leisten, sind alle berechtigt... Das Dach, unter dem er [der einzelne] schläft, die Straße, die er betritt, das Werkzeug, das er hebt, dies alles ist von der Gesamtheit geschaffen. Eigentum, Verbrauch und Anspruch sind nicht Privatsache.“⁸⁸ Die „Unsichtbarkeit“ dieser marktlichen „Verkettungen“ und Abhängigkeiten stellt hohe Anforderungen an die Urteilskraft und scheint – in wohlwollender Auslegung, die Interessenlagen ignorierend – viele zu überfordern, auch solche, die sich als „Meisterdenker“ feiern lassen. So hat der Ökonomismus-

⁸⁴ Walter 2009.

⁸⁵ Rosen 2007.

⁸⁶ Vgl. etwa Hank 2011.

⁸⁷ Luhmann 1988, S. 56.

⁸⁸ Ohne Quellenangabe zit. nach Greffrath 2011, S. 20 f.

Populismus ein leichtes Spiel. Diese „Unsichtbarkeit“ – den systemischen Charakter des wettbewerblichen Marktnexus⁸⁹ – aufzudecken und ethisch zu reflektieren, ist die Aufgabe einer Ökonomik, die sich nicht von vorn herein auf Marktapologetik eingeschworen hat. Eine Dimension dieser wirtschaftsethischen Aufklärungsarbeit ist die Desavouierung privatistisch fehlgeschalteter Einkommenstheorien als irrationale Dschungeltheorien, deren ideologische Funktion darin besteht, die Marktmachtverhältnisse zu naturalisieren und die Fairnessfrage damit unter der Thematisierungsschwelle zu halten.

Mit der Zurückweisung der Dschungeltheorie ist eine starke Begründung für eine wie auch immer einzeln auszugestaltende und hier weit verstandene Sozialpolitik gegeben, die mit dem üblicherweise für sie reservierten Begriff der „Umverteilung“ schief dargestellt wird. Wohlverstandene Sozial- oder wohl besser: Einkommenspolitik ist nämlich zu guten Teilen nicht einfach Ausdruck mehr oder minder unverbindlicher Solidarität mit „den Schwachen“ oder mit „den Unproduktiven“, sondern stellt den Versuch dar, die heute wohl als gravierend zu beurteilende Unfairness der faktischen Marktmachtverhältnisse (freilich nachträglich) in einen Zustand der Fairness zu überführen, was selbstverständlich stets bedeutet, ethisch-politische Urteile zu fällen. Damit kann auch der verbreiteten und richtigen Intuition, dass es falsch ist, Sozialpolitik generell als Ausdruck „spätromischer Dekadenz“ zu deuten (da die Transferzahlungen ja „anstrengungslos“ erfolgten, alle Umstände, die zur Notwendigkeit von Transferzahlungen führen, vollständig ignorierend),⁹⁰ eine rationale Grundlage gegeben werden, denn es bestehen systematische Gründe dafür, dass das Gegenteil zutrifft, die „Dekadenz“ also, wenn denn, auf der ungenannten Gegenseite der angeblich „Leistenden“, jedenfalls ihrer Spitzen, zu verorten ist. Ebenso lässt sich begründen, warum Sozialpolitik in ihrem Kern nicht bloß, wie Marktlibertäre bestenfalls zugestehen, auf mehr oder minder gönnerhafte Armutsmilderung abzustellen hat, sondern auf die Beseitigung der Ungerechtigkeit bestehender Einkommens- und Vermögensdisparitäten.⁹¹ Allerdings sollte man dieses Verständnis nicht mit dem Begriff eines „sozialpolitischen Egalitarismus“ belasten, da dieser den Dschungeltheoretikern sogleich eine Steilvorlage für die Suggestion bietet, eine jede Politik, die die Unfairness der bestehenden, aus den faktischen Marktmachtverhältnissen fließenden Einkommensdisparitäten nicht hinnehmen will, liefe auf die Herstellung mechanisch „gleicher“ Einkommen für jeden hinaus, was als eklatant unfair zu beurteilen wäre und dem (freilich nicht einzigen) Gerechtigkeitsgrundsatz der Leistungsgerechtigkeit zuwider liefe. Auch lässt sich auf dieser Grundlage die Reduktion von Sozialpolitik auf die Herstellung von „Chancengleichheit“ zurückweisen, da damit die Modi der im wettbewerblichen Markt „eigenverantwortlich“ wahrzunehmenden „Chancen“ pauschal für legitim erklärt würden.⁹²

Der übergreifend zu verstehende Begriff der „Einkommenspolitik“ erinnert daran, dass sich die Herstellung der Fairness der Marktmachtverhältnisse nicht nur nachträglich (technisch durch „Umverteilung“ also), sondern vorzugsweise durch die politisch zu begreifende Gestaltung der Marktmachtverhältnisse selbst vollziehen sollte.⁹³ Dieser Anspruch wird mit dem selbstverständlich kritisch gemeinten Begriff einer „bloß kompensatorischen“ oder „korrektiven Sozialpolitik“ markiert.⁹⁴ Hier ließe sich von einer wahrhaften, d.h. nicht von vorn herein auf die Ver-

⁸⁹ Vgl. Thielemann 2010a, S. 44 ff.

⁹⁰ Westerwelle 2010.

⁹¹ Vgl. Hippe 2009, S. 157 und die dort angegebene Literatur.

⁹² Vgl. Thielemann 2010a, S. 422 ff.

⁹³ Das genaue Gegenteil verbindet freilich Walter Eucken (1990, S. 301) mit dem Begriff.

⁹⁴ Vgl. Ulrich 2008, S. 227, 247 f., 406; vgl. auch Emunds 2010, S. 21. Auch Rainer Forst (2010) möchte die Frage nach der „distributiven Gerechtigkeit“ vorrangig als Frage danach verstanden wissen, „wie der Kuchen gebacken wurde“ und welche „Regeln der Güterproduktion und -verteilung“ dabei bestehen, statt bloß als Frage nach der nachträglichen Verteilung eines bestehenden „Kuchens“ nach dann

schärfung des Wettbewerbs zwischen Marktmächtigen abstellende Ordnungspolitik sprechen. Zu deren Aufgaben könnte etwa die Änderung des Unternehmensverfassungsrechts zählen, durch die es dem Kapital nicht mehr unbeschränkt erlaubt wäre, das Management durch variable Vergütungen zur Ausnutzung aller Rentabilitäts- und Abschöpfungschancen „anzureizen“.⁹⁵ Die Gewinne der Rentiers wären tiefer, was unmittelbar der Leistungsgerechtigkeit dienen dürfte, und das Kapital hätte geringere Hebel, um die realwirtschaftlichen Akteure gegeneinander auszuspielen. Gleiches gilt für die mindestens horizontal gleichmäßige Besteuerung des Kapitals, die angesichts der nach wie vor bestehenden Praktiken sogenannter Steuer-oasen nur in einem international abgestimmten Effort gelingen kann. Einkommenspolitische Dimensionen hätte auch die Abkehr von der „Gehirnwäsche“⁹⁶ durch ökonomistische Ausbildungssysteme – nach dem Motto: „Vernünftig ist, was rentiert“⁹⁷ – denen der Management-nachwuchs nach wie vor ausgesetzt ist. Durch die korrespondierende, ökonomisch radikalisierte Management(un)kultur ergeben sich nicht nur zahlreiche Verwerfungen, die sich, ohne unmittelbaren Einkommensbezug, in der Münze der Ökonomisierung des Lebensverhältnisse niederschlagen,⁹⁸ sondern auch direkte (durch Kostensenkungen) und indirekte (durch Umsatzsteigerungen) wettbewerblichen Zerstörungswirkungen in den Einkommensströmen anderer, weniger ökonomisch-radikal aufgestellter Marktakteure.

Doch vermutlich dürften der Sinnhaftigkeit der ordnungspolitischen Gestaltung der Primärverteilung Grenzen gesetzt sein, aus zahlreichen Gründen, die zu erörtern hier der Platz fehlt. Daher bleibt die Besteuerung ein bedeutendes Instrument der, freilich nachträglichen, Herstellung der Leistungsgerechtigkeit bzw. Fairness der marktlichen Interaktionsverhältnisse. Staatsbürger, die der privatistisch-simplizistischen Dschungeltheorie anhängen, werden hier tendenziell eine Art Diebstahl erkennen, da sie annehmen, die „Wirtschaftserfolge“, die sie erzielen, stünden ihnen originär zu. Wer sich von der antiquierten Rhetorik des „Stolzes“, die Sloterdijk zelebriert, ansprechen lässt und zugleich noch etwas gönnerhaftes Mitleid mit den „Unproduktiven“ verspürt, wird sich vielleicht breit schlagen lassen, den Umfang seiner „freiwilligen Zuwendungen“ zu erhöhen. Und geradezu begeistert wird der den absurdesten aller Vorschläge Sloterdijks aufgreifen, „das aktuelle System der Zwangsbesteuerung ... insgesamt durch eine geregelte Praxis der öffentlichen Spenden zu ersetzen.“⁹⁹

Wen jedoch die Dschungeltheorie nicht überzeugt oder wer diese überwunden hat, der wird verstehen, dass sein Markterfolg möglicherweise ein Abschöpfungserfolg darstellt; dass sein Einkommen und Vermögen Ausmaße angenommen haben könnte, die in keiner plausiblen Weise mehr als leistungsgerecht zu begreifen sind, wozu etwa auch ein großräumiger, globaler Markt die Möglichkeit bietet, wenn man sich nur an die Spitze irgendeiner Massenproduktion stellt, die sich dann nicht nur, sagen wir hunderttausend-, sondern, ohne viel eigenes Zutun, millionenfach absetzen lässt.¹⁰⁰ (Dies gilt übrigens auch für die vielfach in rechtfertigender

allenfalls noch kontroversen, mehr oder weniger willkürlichen Kriterien wie „Gleichheit, Verdienst, Bedürfnis“.

⁹⁵ Vgl. Thielemann 2009b, 2010b.

⁹⁶ Streeck 2009, S. 25.

⁹⁷ Frisch 1990, S. 465.

⁹⁸ Vgl. Thielemann 2009a, S. 215 ff.

⁹⁹ Sloterdijk (2009a) demonstriert damit nur, dass er, wie alle Libertären, die Grundidee des modernen, demokratisch-liberalen Rechtsstaates nicht verstanden hat, durch den „wir, die Bürger“ uns ein sanktionsbewehrtes Legalrechtssystem geben, weil wir wissen, dass wir uns sonst alle heillos überforderten, da die moralische Einsicht und Verbindlichkeit aller einzelnen in großen Gesellschaftszusammenhängen allein zu schwach ist und diese (!) durch Legalrechtsverbindlichkeit ergänzt und gestützt werden muss. Vgl. Thielemann 2009a, S. 178 ff.

¹⁰⁰ Vgl. andeutungsweise Wiemeyer 2010, S. 277.

Absicht herangezogenen Sportler und Künstler.) Er wird ein gewisses Maß an Bescheidenheit angesichts seines Einkommens empfinden, da er weiß, dass er es niemals allein und durchaus auch *gegen* andere erworben hat, die er, über mehr oder minder unsichtbare Kanäle des Wettbewerbs, aus dem Rennen geworfen und vielleicht in die Armut getrieben hat, obwohl er sie niemals zu Gesicht bekommen hat oder bekommen wird. Daher wird er verstehen, dass die möglicherweise prozentual sehr hohen Anteile, die über Steuern und Abgaben anderen (und übrigens auch ihm wiederum selbst) zugeführt werden, nicht „Zwangsabgaben“ sind, die den „Leistungsträgern“ von den „Leistungsverweigerern“ aufgebürdet werden, sondern, jedenfalls zu guten Teilen, im genauen Gegenteil Versuche der Herstellung von Fairness. Einige „Super-Reiche“, wie der Investor Warren Buffett, der den auch ihm kaum fasslichen Umstand beklagt, dass sein Millioneneinkommen, ohne Steuertricks, tiefer besteuert wird als das deutlich bescheidenere (Arbeits-)Einkommen seiner Mitarbeiter,¹⁰¹ haben dies, jedenfalls der grundsätzlichen Stoßrichtung nach, verstanden.

Literatur

- Bach, Stefan* (2011): Volle Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel belastet vor allem Geringverdiener, DIW Wochenbericht (16/2011), S. 3-8, www.diw.de.
- Bach, Stefan/ Corneo, Giacomo/Steiner, Viktor* (2008): Effective Taxation of Top Incomes in Germany, 1992 – 2002, DIW Discussion Paper 767, Berlin, www.diw.de.
- Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Steiner, Viktor* (2011): A Wealth Tax on the Rich to Bring down Public Debt?: Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy, DIW Discussion Paper 1137, Berlin, www.diw.de.
- Beimann, Boris/u.a.* (2011): Wer trägt den Staat? Eine Analyse von Steuer- und Abgabenlasten, RWI Position 43, www.rwi-essen.de.
- Benders, Rolf* (2011): In Asien gibt es immer mehr Millionäre, in: Handelsblatt, 1.6., www.handelsblatt.com.
- Benedikt XVI* (2009): Caritas in Veritate, www.vatican.va.
- Benke, Karl* (2011): Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch, in: DIW Wochenbericht 78, 8/2011, S. 2-13.
- Breyer, Friedrich* (2008): Die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft und die Rolle der Ökonomen, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 9, (2/2008), S. 125-138.
- Brodbeck, Karl-Heinz* (2003): „Interest will not lie“. Zur impliziten Ethik der Zinstheorie, in: praxis Perspektiven 6, www.khbrodbeck.homepage.t-online.de.
- Buffett, Warren* (2011): Stop Coddling the Super-Rich, in: The New York Times, 14.08., www.nytimes.com.
- Bundesministerium der Finanzen* (2010): Datensammlung zur Steuerpolitik, Berlin 2010, www.bundesfinanzministerium.de.
- Bundesministerium der Finanzen* (2011): Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen, 12.05., www.bundesfinanzministerium.de.
- Dahrendorf, Ralf* (2005): Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein?, in: Forum. Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, (1/2010), www.iwkoeln.de.
- Deutsche Bank* (2005): ToPPiX – German Strategy, Labour costs in the focus, London, 31.10.
- Deutschmann, Christoph* (2009): Die Herrschaft der Rentiers – Finanzmarktkapitalismus und politische Demokratie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 46, (160/161/2009), S. 3-10.
- Emunds, Bernhard* (2010): Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft, Ethik und Gesellschaft (1/2010), www.ethik-und-gesellschaft.de.
- Erhard, Ludwig* (1964): Wohlstand für alle, 8. Aufl., Düsseldorf.
- Eucken, Walter* (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen.

¹⁰¹ Vgl. Buffett 2011.

- Flassbeck, Heiner* (2010): Die unendliche Leistungsträgerlüge, www.flassbeck.de.
- Forst, Rainer* (2010): Justitia ist blind und ist es doch nicht, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.05., S. 61.
- Frisch, Max* (1990): Schweiz als Heimat? Frankfurt a.M.
- Germis, Carsten* (2009): Feindbild Manager, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.04., www.faz.net.
- Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut* (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW Wochenbericht 77 (24/2010), S. 2-8.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R.* (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW Wochenbericht 75 (10/2008), S. 101-108.
- Greffrath, Mathias* (2011): Rechtsschutz für gemeinschaftliche Güter, in: Ines Pohl (Hg.), 50 einfache Dinge, die Sie tun können, um die Gesellschaft zu verändern, Frankfurt a.M., S. 20-24.
- Grübel, Oswald J.* (2008): „Sie meinen im Sinn von ‹Gott, ich bin überbezahlt›? Ich habe kein schlechtes Gewissen“, Interview, in: Tagesanzeiger, 31.12., www.tagesanzeiger.ch.
- Grunwald, Wolfgang* (2006): Geld kauft Einfluss: Das Eherne Gesetz der Oligarchie, in: SEM|Radar 5 (1/2006), www.leuphana.de.
- Hank, Rainer* (2011): Wer ist Millionär, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.04., www.faz.net.
- Hayek, Friedrich August von* (1981): „Ungleichheit ist nötig“, Interview, in: Wirtschaftswoche (11/1981), S. 36-40.
- Heitmeyer, Wilhelm* (2010): Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a.M., S. 13-38.
- Hengsbach, Friedhelm* (2005): Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient, Freiburg.
- Herrmann, Ulrike* (2010): Ein Land guckt weg, in: die tageszeitung, 26.08., www.taz.de.
- Herrmann, Ulrike* (2011): Unsere Gesellschaft spaltet sich, in: die tageszeitung, 19.07., www.taz.de.
- Hippe, Thorsten* (2010): Wie ist sozialwissenschaftliche Bildung möglich?, Wiesbaden.
- Hiß, Stefanie* (2009): Corporate Social Responsibility – Innovation oder Tradition?, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 10 (3/2009), S. 287-303.
- Hobsbawm, Eric* (2009): Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 9. Aufl., München.
- Homann, Karl/Blome-Drees, Franz* (1992): Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen.
- Honneth, Axel* (2009): Fataler Tiefsinn aus Karlsruhe, in: Die Zeit, 25.09., www.zeit.de.
- Kant, Immanuel* (1785): Grundlegung der Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. VII, Frankfurt a.M. 1968.
- Kant, Immanuel* (1797): Die Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. VIII, Frankfurt a.M. 1977.
- Kapur, Ajay/Macleod, Niall/Singh, Narendra* (2005): Plutonomy. Buying Luxury, Explaining Global Imbalances, 16.10.
- Katterle, Siegfried* (2001): Buchbesprechung zu Detlef J. Blesgen, Erich Preiser. Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomens, Berlin u.a. 2000, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (11/12/2001), S. 731-734.
- Kauder, Volker* (2009): Union wirft SPD populistische Neiddebatte vor, Interview, in: Handelsblatt, 10.3., www.handelsblatt.com.
- Land, Rainer* (2009): Transformation des Kapitalismus, Roosevelt und Obama, in: Dorte Lena Eilers u.a. (Hg.), Arbeitsbuch 18. Theater der Zeit, S. 74-79, www.rla-texte.de.
- Lawlor, Eilis/Kersley, Helen/Steed Susan* (2009): A Bit Rich: Calculating the real value to society of different professions, London, www.neweconomics.org.
- Luhmann, Niklas* (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Marglin, Stephen A./Schor, Juliet B.* (Hg.) (1990): The Golden Age auf Capitalism, Oxford.
- Merz, Joachim* (2006): Hohe und niedrige Einkommen – Neue Ergebnisse zu Freien und anderen Berufen mit den Mikrodaten der Einkommensteuerstatistik, FFB-Diskussionspapier 59, mpr.ub.uni-muenchen.de.
- Merz, Joachim/Rathjen, Tim* (2011): Zeit- und Einkommensarmut von Freien Berufen und Unternehmen, FFB-Diskussionspapier 89, Leuphana Universität Lüneburg, www.leuphana.de.
- Meyer, Fritz. W./Lenel, Hans Otto* (1948): Vorwort. Die Aufgabe des Jahrbuchs, in: ORDO 1, S. VII-XI.
- Müller-Armack, Alfred* (1966): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i. B.
- Müller-Armack, Alfred* (1981): Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern/Stuttgart/Wien.

- Müller-Armack, Alfred* (1990): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, München.
- Nullmeier, Frank* (2009): Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff“?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (47/2009), www.bpb.de.
- Phelps, Edmund* (2007): „Soziale Marktwirtschaft ist eine schlechte Idee!“, Interview, in: *Cicero* (4/2007), S. 122-126.
- Pierer, Heinrich von* (2003): Für eine menschliche Wirtschaft. Abschlussdiskussion, in: *Heinrich von Pierer/Karl Homann/Gertrude Lübke-Wolff* (Hg.): *Zwischen Profit und Moral*, München, S. 105-138.
- Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard* (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: *Prokla* 29 (2/1999), S. 203-235.
- Poschardt, Ulf* (2010): Das deutsche Zerrbild vom feisten Reichen, in: *Die Welt*, 6.8., www.welt.de.
- Priddat, Birger P.* (2009): Kann es „Wirtschaftsethik“ geben? – Ein Zustandsberichtsversuch, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 10 (3/2009), 341-357.
- Quaas, Friedrun* (2000): *Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*, Bern/Stuttgart/Wien.
- Rosen, Rüdiger von* (2007): „Ich wollte nur Ihre Illusion zerstören“, Streitgespräch, in: *Die Zeit*, 21.05., www.zeit.de.
- Rothbard, Murray N.* (1998): *The Ethics of Liberty*, New York/London.
- Samuelson, Paul A./Nordhaus, William D.* (2007): *Volkswirtschaftslehre*, 3. Aufl., Landsberg am Lech.
- Sloterdijk, Peter* (2009a): Die Revolution der gebenden Hand, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.06., www.faz.net.
- Sloterdijk, Peter* (2009b): Das elfte Gebot: die progressive Einkommenssteuer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09., www.faz.net.
- Spang, Thomas* (2011): Endspiel um die Schulden der USA läuft, in: *Der Westen*, 29.07., www.derwesten.de.
- Sprenger, Reinhard K.* (2009): Es gibt keine richtigen Anreize, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.01., S. 27.
- Statistisches Bundesamt* (2011): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18 Reihe 1.5*, Wiesbaden.
- Stein, Ben* (2006): In Class Warfare, Guess Which Class Is Winning, *The New York Times*, 26.11., www.nytimes.com.
- Stocker, Frank* (2011): Elf Millionen Millionäre, www.welt.de, 23.06.
- Streeck, Wolfgang* (2009): Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik, MPIfG Working Paper 09/11, www.mpifg.de.
- Streeck, Wolfgang/ Höpner, Martin* (Hg.) (2003): *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG*, Frankfurt a.M.
- Thielemann, Ulrich* (1996): *Das Prinzip Markt. Kritik der ökonomischen Tauschlogik*, Bern/Stuttgart/Wien, www.mem-wirtschaftsethik.de.
- Thielemann, Ulrich* (2006): Zwischen Neidargument und Dschungeltheorie, in: *Personalführung* (7/2006), S. 18-25, www.dgfp.de.
- Thielemann, Ulrich* (2008): Steuern als Bürgerpflicht und Hort der Fairness, in: *Forschung und Lehre* (7/2008), S. 436-439, www.forschung-und-lehre.de.
- Thielemann, Ulrich* (2009a): System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt a.M.
- Thielemann, Ulrich* (2009b): „Das Kapital hat zerstörerische Kraft“, Interview, in: *Die Zeit*, 23.10., www.zeit.de.
- Thielemann, Ulrich* (2009c): Illegitime Steuerflucht und unfairer Steuerwettbewerb, Stellungnahme im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, 25.03., www.mem-wirtschaftsethik.de.
- Thielemann, Ulrich* (2010a): Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg.
- Thielemann, Ulrich* (2010b): Anforderungen an Vergütungssystem von Instituten und Versicherungsunternehmen / Boni-Steuer für Finanzbranche einführen; Stellungnahme im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, 09.06., www.bundestag.de.
- Ulrich, Peter* (2008): *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 4. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien.

- Ulrich, Peter* (2009): Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft – Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung, in: Aßländer, Michael S./Ulrich, Peter (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Bern/Stuttgart/Wien 2009, S. 349-380.
- Vontobel, Werner* (2009): Als Ökonom muss Sloterdijk noch üben, in: Der Freitag, 13.10., www.freitag.de.
- Walter, Rudolf* (2009): Wenn Hürlimann jodelt, in: der Freitag, 18.04., www.freitag.de.
- Weber, Max* (1918): Sozialismus, Wien.
- Westerwelle, Guido* (2010): An die deutsche Mittelschicht denkt niemand, in: Die Welt, 11.02., www.welt.de.
- Wiemeyer, Joachim* (2010): Die Finanzkrise aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Jahrbuch für Recht und Ethik, Bd. 18, Berlin, S. 269-294.
- Zinn, Karl Georg* (1992): Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Aachen, www.tu-chemnitz.de.
- Zinn, Karl Georg* (2008): Die Keynesche Alternative: Beiträge zur Keyneschen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg.
- Zinn, Karl-Georg* (2009): Überdauert die Soziale Marktwirtschaft? Aufstieg und Niedergang des bundesdeutschen Erfolgsmodells, in: Aßländer, Michael S./Ulrich, Peter (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Bern/Stuttgart/Wien, S. 257-289.